

„Termin für die Türkei“ – Kopenhagen im Dezember 2002

Kurzkommentar von RA Dr. Christian Rumpf, Stuttgart

Die Europäer haben es wieder schön hinbekommen. Nachdem nun eine größere Anzahl von Staaten aus dem ehemaligen Ostblock nach relativ kurzer Zeit unmittelbar vor dem Eintritt in die Europäische Union stehen, wird die Türkei erneut an langem Arm weit draußen vor der Tür gehalten. Sie steht sozusagen – nunmehr seit bald vierzig Jahren – immer noch draußen vor dem Zaun, während sich andere, nach kürzesten Fristen, bereits im Vorgarten tummeln, fleißig ihre Forderungen stellen.

Dass die Europäer sich schon wieder nicht dazu durchringen konnten, der Türkei eine konkrete Perspektive zu geben, ist für die Türkei und die dortige politische Elite wie auch für den überwiegenden Teil der Bevölkerung bitter. Gerne nimmt man zur Kenntnis, dass man die Entwicklung der Türkei im Dezember 2004 noch einmal überprüfen wolle. Dies ist immerhin besser als die „vorläufige Absage“ nach dem Antrag 1987, aber es ist eine „Zusage“, die sich ja nun schon seit Jahrzehnten wiederholt. Und es ist unehrlich, nachdem die Zollunion 1995/1996 bekanntlich eben diese Beitrittsperspektive eröffnen sollte. Denn die Zollunion wird nicht etwa von den Europäern bezahlt, sondern im Wesentlichen von den Türken. Der Grund: die Zollunion brachte für die Türken infolge zahlreicher Präferenzen und Kontingente, die sie ohnehin schon hatten und welche ihnen den europäischen Markt öffneten, keine sichtbaren Vorteile. Vorteile gab es in umgekehrter Richtung. Denn die Türkei musste Zölle abschaffen und somit auf wichtige Einnahmen verzichten. Die europäischen Importe in die Türkei wuchsen schlagartig, eine Konkurswelle schwappte über die Türkei hinweg, nachdem nun plötzlich zahlreiche Unternehmen dem Konkurrenzdruck aus Europa nicht mehr gewachsen waren. Dies mag langfristig durchaus positive Effekte der Konsolidierung und Qualitätssicherung haben, ist aber eben zunächst einmal nur schwer zu verkraften. Die von den Europäern versprochene finanzielle Unterstützung – sozusagen der Preis für die den europäischen Unternehmen zunächst einmal erwachsenden Vorteile – wurde trotz klarer vertraglicher Regelung (zunächst) nicht gezahlt. Ein offenkundiger und gravierender Vertragsbruch, für den es keinen Richter gibt, auch nicht den insoweit nicht zuständigen Europäischen Gerichtshof in Luxemburg.

Stattdessen hört man alte Argumente, die in den vierzig Jahren seit Inkrafttreten des Assoziationsvertrags weder neu sind noch an Kraft gewonnen haben.

- (1) *„Die Wirtschaftskraft der Türkei – pro Kopf – bleibt weit hinter dem europäischen Durchschnitt zurück.“* Diese Argumente kennen wir bereits zur Genüge aus früheren Beitritten, so zum Beispiel bei Griechenland, Portugal und Spanien. Wenn es diesen Staaten heute deutlich besser geht, dann eben wegen ihres Beitritts zur EU. Es ist daher unlauter, die Länder des heutigen Spanien oder Portugal mit der Türkei zu vergleichen. Und verarmt ist die EU deshalb nicht, sie hat eher noch dazu gewonnen. Unter den heutigen Beitrittskandidaten seien im übrigen noch Bulgarien und Rumänien genannt, die trotz völlig maroder Wirtschaften dem Beitritt bereits näher zu sein scheinen als die Türkei.
- (2) *„Europa muss seine Identität bewahren.“* Die Identität Europas besteht schon jetzt in der Vielfalt der Kulturen. Eine echte europäische Identität hat es nie wirklich gegeben. Eine der großen Trennlinien wurde schon immer zwischen West- und

Osteuropa gezogen. Diese Trennlinie wird jetzt in einer beispiellosen Integrationsaktion beseitigt. Sicherlich, die Phrase „weit hinten in der Türkei“ hat sich tief in die Köpfe eingegraben. Dies kann aber heute, wo auch die Türkei verkehrstechnisch und vor allem auch telekommunikationstechnisch bis in den letzten Winkel erschlossen ist, nicht mehr sagen. Was die Mentalitätsunterschiede angeht, die zweifellos groß sind, so wäre ehrlicherweise zu prüfen, ob vergleichbare Unterschiede nicht auch zwischen anderen Regionen Europas bestehen. Dabei sollte nicht eine Rückschau in die jüngere Geschichte vergessen werden. Das Identitätsargument tritt zudem immer dann in den Vordergrund, wenn es an anderen Argumenten fehlt. Das kann ein gefährliches Signal sein, das dafür spricht, dass gerade das vergessen wird, was mit diesem Argument beschworen werden soll: die humanistische Tradition der Aufklärung. Im übrigen schafft dieses Argument gefährliche Gräben zwischen den Religionen.

- (3) *„Die Türkei ist von den Errungenschaften der Aufklärung verschont geblieben.“* Richtig. Genau dies ist ein wichtiger Aspekt zur Beurteilung von Problemen, die für die Türkei spezifisch sein können. Dagegen ist jedoch vielerlei zu halten. Zum einen hat es bereits im 17. Jahrhundert Tendenzen gegeben, die Türkei als „europäisch“ einzustufen. Dies mag mit der damaligen Präsenz auf dem Balkan bis vor die heutigen österreichischen Grenzen begründet werden. Immerhin hat William Penn in seinem „Essay für den Frieden in Europa“ einen Europäischen Rat gefordert, in welchem neben dem deutschen Kaiser und den Königen von England und Frankreich auch der osmanische Sultan gleichberechtigte Sitze und Stimmen haben sollte. Im 19. Jahrhundert, nach Jahrzehnten des Zusammenbruchs, wurde versucht den Anschluss zu finden, in den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts wurde die islamische Identität des Staates aufgegeben, auch wenn die Bevölkerung natürlich weit überwiegend – und zu einem großen Teil letztlich nur auf dem Papier – dem Islam anhängt. Die Türkei, ursprünglich von den Entwicklungen der Industrialisierung und des Imperialismus in Europa „verschont“, hat in mehreren Schüben für ein modernes Staatswesen und eine moderne Wirtschaftsordnung gesorgt. Die geistigen und moralischen Werte der türkischen Gesellschaft haben sich an die Erfordernisse der modernen Zeit genauso angepasst wie im übrigen Europa auch.
- (4) *„Wenn die Türkei in die EU aufgenommen wird, müssen wir auch die nordafrikanischen Staaten aufnehmen.“* Dieses Argument stammt aus einem Beitrag in einer großen Tageszeitung Mitte Dezember 2002, geschrieben von einem angesehenen deutschen Ministerpräsidenten. Ein solcher Satz verkennt vollständig die Rechts- und Sachlage. Die Türkei hatte zusammen mit Griechenland die erste sog. „Beitrittsassoziation“ mit der EWG. Der Assoziationsvertrag hatte von vorne herein das Ziel des Beitritts der Türkei, ursprünglich und in weiser Erkenntnis der Problematik des nachbarschaftlichen Verhältnisses – soeben war die Republik Zypern im Zusammenwirken beider Staaten mit Großbritannien gegründet worden – mit Griechenland. Auch Zypern bekam – Mitte der siebziger Jahre – einen solchen Assoziationsvertrag. Schließlich bekamen auch die jetzt vor der Aufnahme stehenden Staaten zum Teil solche „Vorverträge“. Alle anderen Assoziationen, die mit zahlreichen afrikanischen (auch nordafrikanischen) Staaten oder auch Israel bestehen, haben nicht den Beitritt, sondern schlicht und einfach die Beseitigung von Zollschränken sowie die Schaffung von Präferenzen und Kontingenten, also lediglich eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit zum Ziel. Dies ist etwas völlig anderes, als wenn man der Türkei in einem solchen Vertrag den Beitritt in bestimmten, sogar zeitlich umrissenen Stufen verspricht und diese Versprechen anschließend bricht.

- (5) *„Die Türkei gehört geographisch nicht zu Europa“*. Abgesehen davon, dass das wirtschaftliche Herz in Istanbul schlägt, das sich über beide Seiten des Bosphorus erstreckt und dessen eigentliches Zentrum auf europäischer Seite belegen ist, ist diese Art der Abgrenzung als Kriterium völlig untauglich. Die Türkei ist ohnehin schon in alle wichtigen europäischen Verträge eingebunden, seit 1949 im Europarat und fast von Anfang an in der NATO und schließlich auch in der OECD. Und ganz nebenbei: Mit der Entscheidung zur Aufnahme von Zypern ist dieses Argument endgültig ungültig. Zypern liegt im östlichen Mittelmeer, geographisch noch hinter Ankara und gehört – geographisch – zu Asien.
- (6) *„Die Türkei ist politisch unreif.“* Bei genauerer Beobachtung der derzeitigen politischen Entwicklungen in Italien ist durchaus die Frage erlaubt, wo für Europa die Grenzen für „politische Reife“ oder „Unreife“ zu ziehen sind. Das einzige wirkliche Problem war bisher die Frage der Menschenrechte. Tatsächlich gab es – und gibt es wohl auch derzeit noch – einige Defizite. Dennoch kann sich die Türkei seit langem einen „demokratischen Rechtsstaat“ nennen. So manches Problem – etwa die Parteiverbote – hat seine Ursache in einem Konflikt zwischen Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Ginge es allein nach Recht und Gesetz, wäre auch in Deutschland so manche Partei verboten worden. Das sog. Parteienprivileg, aber auch die politische Vernunft derjenigen, die das Verbot hätten beantragen können, haben bewirkt, dass es in den letzten vierzig Jahren keine Parteiverbote mehr in Deutschland gegeben hat. Da das Parteiverbotsverfahren in der Türkei streng nach Recht und Gesetz durchgeführt wird, wirken sich entsprechende verfassungsrechtliche Bestimmungen (unteilbare Einheit von Staatsgebiet und Staatsvolk, Laizismus) in der Weise aus, dass Parteien, die solchen Grundsätzen widersprechen, verboten werden. Tatsächlich geht dies wohl zu weit, hier müsste das Demokratieprinzip durchschlagen, zumal es bei solchen Verstößen um Verfassungs- und Gesetzesbestimmungen geht, die ihrerseits bestimmte – im europäischen Kontext grundsätzlich zulässige – politische Präferenzen zum Ausdruck bringen. Im übrigen handelt es sich bei der Türkei um eine lebendige und durchaus funktionierende Demokratie. Das Problem der Menschenrechte kann gemeinschaftlich mit solider Unterstützung aus Europa gelöst werden, der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat bereits einiges dazu beigetragen.
- (7) *„Die Türkei wird vom Militär regiert.“* Hier ist in der Tat von Seiten der Türkei noch einiges zu unternehmen. Die bisherigen Ansätze, den Einfluss des Nationalen Sicherheitsrates zu reduzieren, sind unzureichend. Er ist zwar inzwischen mehrheitlich mit Zivilisten besetzt, doch verursacht das fortbestehende Einstimmigkeitsprinzip eine unangemessene Stärkung des Militärs. Vom Militär „regiert“ wird die Türkei indessen dennoch schon lange nicht mehr. Lange Zeit war es eine relativ schwache politische Elite, die meinte, ihr Ohr an den Lippen des Militärs haben zu müssen, bevor wichtige Entscheidungen getroffen wurden. Gerade das Militär ist vehementer Verfechter für den Beitritt zur EU. Das Militär weiß sehr wohl und nimmt dies – im Sinne eine buchstäblich „rationalen“ Staats“raison“ – in Kauf, dass der Beitritt dazu führen wird, dass sich das Militär auf seine eigentlichen Aufgaben der Verteidigung zurück zu ziehen hat.
- (8) *„67 Millionen Türken – das verkraftet Europa nicht“*. Mit dem Beitritt zur EU hat es weder aus Portugal noch aus Griechenland noch aus Spanien Einwanderungsströme gegeben. Im Gegenteil, viele sind zurückgekehrt, weil sie nunmehr ihre Chancen verbessert sahen, ihr Auskommen in den heimischen Märkten zu haben. Solche Rückwanderungstendenzen konnte man auch schon bei den Türken beobachten, die

bei zunehmender Internationalisierung und Europäisierung der türkischen Wirtschaft gute Chancen für sich sahen und sehen. Die schon jetzt wieder zu beobachtende Tendenz einer Belebung der Produktion in der Türkei würde durch den Beitritt weiteren Schub erhalten. Die Arbeitsmärkte in Europa sind ohnehin eng, die Verschiebung von Produktionen ins Ausland, z.B. in die Türkei, bietet für den dortigen Arbeitsmarkt ein gute Chance. Und überdies gilt selbst innerhalb der EU die Freizügigkeit nur, soweit auch tatsächlich Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Denn die Freizügigkeit ist nur zu „Zwecken der Arbeitsaufnahme“ gegeben, was wiederum einen Arbeitsplatz voraussetzt. Im übrigen hat die EU schon früher gezeigt, dass Beitrittskandidaten insoweit durchaus bereit sind, Übergangszeiten in Kauf zu nehmen.

- (9) „*Die Türkei bekäme zu viel Gewicht in Europa*“. Dieses Argument ist vermutlich dasjenige, was den Gegnern und hin und wieder auch den Befürwortern Kopfschmerzen bereitet. Allerdings besteht keinerlei Grund zur Befürchtung, allein dadurch erhalte die Türkei ein Gewicht, welches über dasjenige von Griechenland wesentlich hinausging. Auch die Bevölkerungszahl ist lediglich in Relation zum Ganzen zu setzen mit der Folge, dass kleine Staaten wie Griechenland oder Estland ein ungleich viel höheres relatives Gewicht haben als die Türkei.

Aus all diesen Gründen ist im Hinblick auf einen Beitritt zur Türkei lediglich zu prüfen, ob die Türkei die bisher geltenden Kriterien erfüllt hat. So gesehen und bei ehrlicher Evaluierung spräche vermutlich wenig dagegen, mit der Türkei schon bald die Beitrittsverhandlungen aufzunehmen, und nicht bis Dezember 2004 zu warten, um dann erst noch einmal zu „prüfen“...

So mag man die jetzt mühsam verabschiedete Perspektive als „immerhin etwas“ betrachten und – dies an die Adresse der Türkei gerichtet – das Beste daraus machen. Als ehrlicher und vor allem fairer Verhandlungspartner hat sich die EU damit jedoch nicht erwiesen.